

Input Marxistisches Forum: Thema: „Auswertung der Bundestagswahl und Schlussfolgerungen für die Partei DIE LINKE“

Liebe Genossinnen und Genossen,

zwei Bemerkungen vorweg: die Parteikrise die wir behandeln ist tiefer, als die von 2002. 2002 war die Partei noch so lebendig, dass nach einer Niederlage dieser Tiefe sofort Unruhe entstand, die zu umfassenden Debatten führte. Wenn ich mich jetzt umsehe, herrscht weitgehend Ruhe. Zweitens: eine Auffrischungsimpfung durch eine neue WASG, wird es absehbar nicht geben.

Worin besteht diese Krise? Werfen wir dafür einen Blick auf die Wahlstatistiken. Die Partei hat überall verloren. Aber vor allem bei ihren Stammwählern. Also bei den mit uns bisher besonders eng verbundenen „Überzeugungstätern“. 2009 und 2013 weisen die Wahlstatistiken noch jeweils über 2.5 Millionen Stammwählerinnen und Stammwähler aus. 2019 waren es schon deutlich unter 2 Millionen. Jetzt sind es noch 1.3 Millionen.

Die Verluste unter diesen Stammwählern beziehen sich vor allem auf Lohnabhängige mit geringerem Einkommen. Unsere Wahlergebnisse unter Arbeitern, Angestellten, Erwerbslosen sind katastrophal. Viele von ihnen wechselten bereits bei vorherigen Bundestagswahlen in Richtung AfD. Andere zu den Nichtwählern oder in Richtung von Protestparteien. Zuwächse erzielte die Partei in den letzten Jahren vor allem in bürgerlichen und urbanen Milieus. Diese Wechselwähler traten jetzt den Rückzug in Richtung ihrer alten Parteien an.

Ekkehard Lieberam verwies in seiner Wahlauswertung auf den Ältestenrat, der konstatierte, dass für die LINKE eine „Anpassung an und [eine] Teilhabe in politische Herrschaftsstrukturen“ wahrzunehmen sei. Das führe dazu, dass die Partei als Interessenverwalter der besonders benachteiligten Schichten der Arbeiterklasse kaum noch zu erkennen sei. Diese Abkehr verdeutliche eine Veränderung der Existenzweise unserer Partei, so die Analyse von Ekkehard. So wie früher im Wandlungsprozess der SPD sei sie der Integrationskraft des bürgerlich-parlamentarischen Systems unterlegen. Vom Staat finanziert habe ein ganzes System von Parteiangestellten, Abgeordneten, Mitarbeitern, ein Apparat, der als „Träger der Integrationsideologie“ (Abendroth) fungiert, die Existenzweise der Partei verändert. Keineswegs automatisch, aber doch als Trend, tendieren systemoppositionelle Parteien sukzessive zu systemkonformen Staatsparteien, die das Primat des außerparlamentarischen Kampfes aufgeben und nur noch nach Regierungsbeteiligungen streben. Die Wandlung zu einer Regierungspartei im Wartestand auch im Bund sei der letzte Akt in einem solchen Wandlungsprozess.

Das klingt hart, weil es nach Abschied klingt. Trotzdem müssen wir als Marxisten, die wir gründlich analysieren möchten, dem nachgehen. Natürlich in der Absicht uns zu wehren.

Ich komme aus Hamburg. Dort hatte die LINKE bei den letzten Bürgerschaftswahlen etwa 90.000 Wählerinnen und Wähler. Mit damals 1500, inzwischen 1900 Mitgliedern. Aber aktiv am Parteileben sind nach Angaben unseres Landessprechers nur 300, vielleicht 350 Mitglieder beteiligt. Aktiv meint: sie nehmen an Mitgliederversammlungen teil. Von diesen sind um die 80 und mehr parlamentarisch oder über Mitarbeiterstellen in das parlamentarische System integriert. Über Bezirksversammlungen, vor allem rund um die Bürgerschaftsfraktion. Sie dominieren die Partei. Organisatorisch, in der Politik, vor allem auch finanziell. Allein die Bürgerschaftsfraktion verwaltet jährliche Sachmittel von 1 Mio.

EUR. In den Bezirksverbänden müssen wir uns indes mit Haushaltsvolumen von um die 20 bis 30.000 EUR begnügen.

2009 gab es in der Partei noch ein engmaschiges System von ehrenamtlichen Formen der Sozialberatung. Das fehlt heute weitgehend. Stellschilder und Wahlkampfmaterialien müssen mangels Aktiver zum Teil über Firmen vertrieben werden. Nur eine Minderheit engagiert sich außerparlamentarisch. Also in Bürgerinitiativen oder in Bewegungen. Ruft die Partei zu einer Kundgebung, sind es mit 80 Teilnehmenden viele. Wie gesagt: ich spreche hier von einem Stadtstaat in dem die LINKE 90.000 Stimmen erhielt.

Ich gehörte gemeinsam mit Wolfgang Gehrcke, Ulla Jelpke und anderen zu jenen, die 1990 für Westdeutschland die PDS mit anschoßen. Auch Harri gehörte dazu. Ende der 1990er Jahre verließ ich die Partei. Das war ein Fehler, wenngleich er Gründe hatte. Im Mai 2018 trat ich wieder ein, inzwischen bin ich Bezirksvorstand. Ehrlich: ich war erschrocken über das politische und theoretische Niveau. Spricht man vom Sozialismus, so stellt sich jeder etwas anderes darunter vor. Bildungsarbeit? Fehlanzeige! Bildung heißt im Duktus der Fraktionen und mit Blick auf Neumitglieder, sie in der Technik des Flugblätterverteils zu unterrichten. Auch in Hamburg gibt es einige Abgeordnete, die lieber heute denn morgen in eine Regierung möchten, bei Aufgabe eigener Positionen.

Mit einer Handvoll weiterer Genossinnen und Genossen, organisieren wir seit dem Juli 2020 strategische und politische Debatten. Innerhalb der Hamburger Linken gibt es Gruppen und Strömungen der Parteilinken, die zuvor jahrelang nicht mehr miteinander kommunizierten. Wir führen sie zusammen. Von AKL über KPF, den studentischen Gruppen um LiLi und SDS, bis hin zu Gewerkschaftslinken oder Anhängern von Sahra Wagenknecht. Wer ist wir? Ein kleinerer Kreis älterer Marxisten. Schon im Oktober 2020 hatten wir so einen großen Teil unserer Landesparteitagsdelegierten fest im Rücken. Inzwischen sind es deutlich mehr und wir konnten gemeinsam mit anderen für die Bundestagswahlen eine Spitzenkandidatin durchsetzen, die klar NEIN sagte zu einer Verlängerung von Bundeswehreinmärschen in Afghanistan. Dafür war es aber mindestens ebenso wichtig, dass wir in Hamburg eine Volksinitiative am Laufen haben, die Waffenexporte über den Hafen mit einem Volksentscheid untersagen möchte und die auch diesen Parteitag prägte. Gibt es diese Zusammenhänge nicht auch in Berlin?

Die Linken in der LINKEN müssen sich fragen, was für eine Zukunft sie in dieser Partei noch haben? Ich kann das nicht endgültig beantworten. Aber ich sage: wir sollten um diese kämpfen. Denn wir haben keine andere.

Sicherlich: es gab unterschiedliche Gründe für den Verlust von Wählerstimmen. Und diese Gründe wirken zum großen Teil auch schon länger. Unmittelbar war es dann aber dieser Wechsel in der Wahlkampfstrategie mit dem Sofortprogramm, diese fast schon würdelose Anbiederei an SPD und Grüne, bei Aufgabe eigener Grundsatzpositionen, nicht nur in der Friedenspolitik, der uns bei den Bundestagswahlen dann unter die 5 Prozent drückte. Aber auch die Anlage der Sondierungs- und Koalitionsgespräche in Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin, scheint mir überhaupt nicht tragfähig zu sein. Das wird doch – mindestens in Berlin - absehbar scheitern. Nicht nur wir als Linke innerhalb der LINKEN haben also ein Problem, sondern auch diejenigen, die sich gern Reformer oder Bewegungslinke nennen. Sie stehen strategisch betrachtet vor einem Scherbenhaufen ihrer Politik. Und ähnlich ist es doch in der Frage der „Diversität“. 160 Seiten Wahlprogramm, wo für jeden ein Lolli zu finden ist, wenn man ihn denn findet, sind keine Klammer, um damit politisches Profil zu verbinden. Profil entsteht durch die Betonung gemeinsamer (!) Interessen der Klasse der

Lohnabhängigen, und ohne dabei Partikularinteressen zu leugnen. Natürlich wehren wir uns gegen Rassismus und Diskriminierungen. Aber doch als Teil dieses Klassenkonflikts und damit eben in der Betonung gemeinsamer Interessen. Eine linke Partei, die indes diesen grundlegenden Klassenkonflikt beiseiteschiebt und damit ihr sozialistisches Ziel aufgibt, wird indes auch in der Tagespolitik überflüssig.

In diesem Zusammenhang eine Bemerkung zur Frage der Nützlichkeit. Es ist uns doch bekannt, dass Regierungsbeteiligungen unter kapitalistischen Bedingungen, und vor allem auf der zentralstaatlichen Ebene, nur erfolgreich sein können, wenn dafür die gesellschaftliche Rahmenbedingungen / Kräfteverhältnisse stimmen. Das ist aber nicht der Fall, und weshalb alle derartigen Versuche in den letzten 30 Jahren in ganz Europa scheiterten. Andererseits wissen wir, dass unsere Wählerinnen und Wähler erwarten, dass sich unsere Politik auch schnell in ihrer Geldbörse bemerkbar macht. Das ist ein realer Widerspruch, den wir auflösen müssen. Auflösen können wir ihn, wenn wir, ganz klassisch, auf Massenverankerung setzen. In den Stadtteilen, in Bürgerinitiativen, in Bewegungen. Verbunden mit einer im besten Sinne des Wortes populären sozialistischen Politik. Da können wir viel von den Genossinnen in der Steiermark lernen.

Die funktionalen Beziehungen zwischen dem Monopolkapital und dem Staat sind heute engere als in früheren Zeiten. Sinkende Profitraten schränken den Spielraum für Klassenkompromisse ein. Die bürgerlichen Parteien passen sich inhaltlich-programmatisch auch deshalb immer mehr an. Gleichzeitig wird auch bürgerliche Demokratie immer enger. Durch Verfassungsänderungen. Durch mehr exekutive Gewalt. Durch die Einordnung in die EU. Bis in die Kommunalvertretungen runter gibt es überall nur noch Sachzwänge. In der staatlichen Reproduktion dieser in viele Milieus nicht nur gespaltenen, sondern auch gezielt aufgespaltenen Gesellschaft, schlägt sich dies – das scheint jetzt widersprüchlich zu sein – in einer zunehmenden Parteienpluralität nieder. Doch genau hingeschaut hat das doch damit zu tun, dass wirklich relevante und zentrale Interessen der Lohnabhängigen immer weniger Berücksichtigung finden. Nischenpolitik kompensiert das teilweise. Die frühere Parteienkonkurrenz wird so – trotz größerer Pluralität – abgelöst von einer Art assimilativen Zirkulation (jede und jeder kann mit jedem, alles ist austauschbar), die aber in letzter Konsequenz zur Selbstauflösung dieser Parteien treibt. So wie vor einigen Jahren in Frankreich mit der Sammlungsbewegung unter Macron.

Oppositionelle Parteien, die sich auf dieses Spiel einlassen und dabei den außerparlamentarischen Kampf nicht mehr als das wesentliche Mittel des Herrschaftskonflikts praktizieren, drohen ihre emanzipatorische Qualität zu verlieren und selbst zu einem Bestandteil dieses Politikapparates zu werden. Und wobei wir „außerparlamentarisch“ nicht immer nur vom Ende her denken müssen. Das beginnt im Zweifel im eigenen Stadtteil mit einer aktivierenden Form der Sozialberatung.

Vollkommen falsch war die These, dass wir es vor den Bundestagswahlen mit einer Wechselstimmung zu tun hatten. In den Wahlumfragen seit 2018 wechselten Wählerkontingente regelmäßig zwischen Grünen und Union hin und her. Diese liberalkonservativ-grüne Formierung repräsentiert modernere Teile des Kapitals, die ökologische Modernisierung tragen, um auf den internationalen Märkten konkurrenzfähiger zu werden. Die SPD spielte in dieser ganzen Zeit überhaupt keine Rolle und dümpelte bei 14 Prozent. Veränderung ergab sich erst fünf Wochen vor der Wahl, und als Scholz im Vergleich zu diesem tölpelhaften Laschet dann als der verlässlichere Merkel erschien. 58 Prozent derjenigen, die die SPD wählten, gaben an, dass nur deshalb getan zu haben.

Eine politische Formierung im Sinne der Lohnabhängigen hat es indes nicht gegeben. Und wer dann den Leuten noch erzählt, dass SPD und Grüne eigentlich keine so schlechte Politik machen, muss sich nicht wundern, wenn Wechselwähler dann gleich das Original wählen.

Was ist jetzt zu tun? Dieses Stillhalteabkommen zwischen Parteivorsitzenden und Fraktionsvorsitzenden liegt wie Blei auf dieser Partei. Es mag eine Art Notbremse sein, um sich nicht zu zerfleischen. Aber es behindert die notwendige strategische Aufarbeitung der jüngeren Entwicklung. Was wir als Linke innerhalb der LINKEN sofort benötigen, ist ein intensiver strategischer und politischen Dialog. In der Analyse der gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse, auch betreff der wachsenden Kriegsgefahr mit China und Russland. Ich bin für eine bundesweit organisierte Strategiekonferenz der Parteilinken. Die Frage ist, ob wir uns das trauen?

Dabei darf es nicht nur um Parteiprobleme gehen, sondern v.a. auch um die Veränderungen im europäischen und globalen Machtgefüge, unseren Umgang mit der bevorstehenden Phase der Tilgung der in der Pandemie übertragenen Zuschüsse an das exportorientierte Großkapital. Wir stehen doch jetzt vor einer Phase des sozialen Kahlschlags. Der Streichungen sozialer Dienstleistungen, des Stillstands bei Renten und Löhnen. Worin besteht in diesem Kontext die Richtung „radikaler Reformpolitik“, in welchem Umfang und wie ist sie möglich? Wie gestalten sich in diesem Zusammenhang sozialistische Alternativen etwa mit Blick auf die Beherrschung des Klimawandels.

Ich glaube es wäre ein Irrtum, dies von der Gesamtpartei gegenwärtig zu erwarten. Wir müssen es selber machen, und damit dann die Partei wachrütteln und aktivieren.

Wir benötigen zweitens mehr Bildungsarbeit und eine Aktivierung der Partei im Sinne einer Mitgliederpartei und die damit und nur dadurch dem Apparat Grenzen aufzeigen kann. Wir sollten unsere Partei auch stärker öffnen; sie muss einladend und expansiv sein, Selbstorganisation stärkend.

Und drittens müssen wir unsere friedenspolitischen Positionen innerhalb der Partei überall so klar ziehen, wie dies überhaupt nur möglich ist.

Das ist das, was ich uns vorschlagen kann. Ich bedanke mich für eure Aufmerksamkeit.

(Andreas Grünwald
im Auftrag von „Quo Vadis, Die Linke?“ Hamburg
www.quo-vadis-die-linke.de)